

Vermögensanlagen in Krisenzeiten

All-In Fee und Abgeltungssteuer

Neue Finanzierungshilfen der Öffentlichen Hand

Der Weg zur Öffentlichen Förderung

Liebe Leserinnen und Leser,

der Verbraucherschutz wird auch in der Finanzbranche stärker Raum greifen. Dies ist der Tenor einer Expertenanhörung, die bereits Ende Januar im Deutschen Bundestag stattgefunden hat und bei der Verbraucherschützer ihre Forderungen nach einer verpflichtenden Dokumentation von Beratungsgesprächen, der Einsetzung eines „Marktwächters“, die Umkehr von Beweislasten und die Forderung nach längeren Verjährungsfristen erneut dargelegt haben. Das Bankgewerbe mag den Handlungsbedarf derzeit noch nicht so recht eingestehen. Im Vergleich dazu sind unabhängige Finanzdienstleister gegenüber diesen Themen aufgeschlossener, sofern die Regelungen maßvoll bleiben. So haben der AfW – Bundesverband Finanzdienstleistung und der Verband unabhängiger Finanzdienstleistungsunternehmen in Europa (Votum) sich durchaus für „eine einheitliche Regulierung des Vertriebs von Finanzdienstleistungsprodukten auf dem Niveau des Versicherungsvermittlungsrechts“ ausgesprochen. Dies in Verbindung mit der konsequenteren Offenlegung von Risiken, Kosten und Provisionen dürfte auch der Honorarberatung (= Finanzberatung ohne Produktverkauf) den Weg ebnen und verdeutlichen, dass nicht jede vermeintlich kostenfreie Beratung auch wirklich nichts kostet.



Auch heute wünschen wir interessante Lektüre

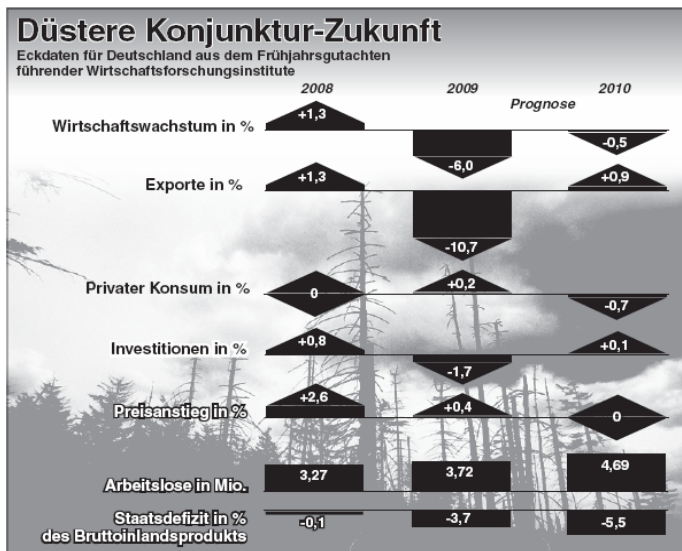
Jhr
Markus

Deutschland muss 2009 die tiefste Rezession seit den 1930er Jahren verkraften. Das sagen die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute voraus. Sie erwarten für das laufende Jahr ein Minus von 6,00%. Der konjunkturelle Abwärtstrend hält nach Einschätzung der Institute wahrscheinlich bis in den Winter 2009/2010 an. Zwar schwäche sich die negative Entwicklung in den kommenden Monaten ab. Deutliche Hinweise auf ein Ende des konjunkturellen Einbruchs gebe es aber noch nicht. Für 2010 rechnen die Experten mit einem Minus von 0,5%. Der wirtschaftliche Einbruch in diesem Jahr dürfte dazu führen, dass sich der Abbau von Beschäftigten beschleunigt.

Schwache Konjunkturprognose

Die Kurzarbeit federt diese Entwicklung zunächst ab; im Verlauf des Jahres rechnen die Institute mit 1,4 Mio. Kurzarbeitern. Im Jahresdurchschnitt

2009 erwarten die Gutachter 3,7 Mio. Arbeitlose; im kommenden Jahr könnte die Zahl sogar auf fast 4,7 Mio. klettern.



Anleger zwischen Inflation und Deflation

Die Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt immer intensivere Auswirkungen. Inzwischen beherrschen zwei gegensätzliche Befürchtungen bzgl. der Geldwertstabilität die Diskussion.

Auf der einen Seite: Deflation
Seit Herbst 2008 sind die Inflationsraten deutlich zurückgegangen (u.a. Verfall der Rohstoffpreise); verstärkt wird diese Entwicklung durch eine Lockerung der Geldpolitik (sinkende Zinsen) und Rabattaktionen des Handels.

Auf der anderen Seite: Inflation
Von vielen Fachleuten werden inflationäre Gefahren aufgrund der Geldmengenerhöhung (Finanzierung von Konjunktur- und Rettungspaketen) und niedriger Zinssätze erwartet.

Welches Szenario ist wahrscheinlicher?

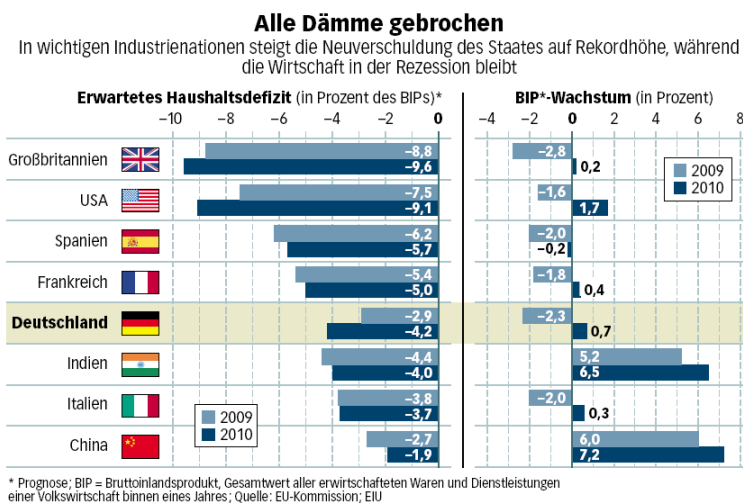
Die Deflation beginnt meist in einem konjunkturellen Abschwung, wie wir ihn aktuell erleben. Bei einer Deflation sin-

ken die Preise über einen längeren Zeitraum. Das Bruttoinlandsprodukt geht zurück, die Nachfrage auf den Märkten sinkt, die Unternehmen müssen ihre Preise senken. Was sich zunächst positiv anhört, hat aber eine Schattenseite: weil alles billiger wird, werden Unternehmen weniger produzieren und versuchen, die Kosten zu senken. Mögliche Folgen sind Entlassungen und Massenarbeitslosigkeit. Diese Situation kann zu einer Abwärtsspirale aus fallenden Preisen und schrumpfender Produktion führen: Da die Verbraucher mit Preissenkungen rechnen, halten sie sich mit Anschaffungen zurück. Um den Einnahmefall zu kompensieren, sparen die Firmen, was die Situation noch weiter verschärft

Für eine Volkswirtschaft kann eine Deflation wegen dieser Eigendynamik noch verheerendere Auswirkungen haben als eine Inflation, die durch steigende Preise gekennzeichnet ist.

Weil die führenden Regierungen dies vermeiden wollen, pumpen sie Milliarden in die Finanzmärkte – und treiben so die Staatsverschuldung: 51.000 Milliarden US\$ haben allein die USA an Schulden aufgehäuft; nicht eingerechnet die 8.500 Milliarden US\$ neuer Garantien und Wirtschaftshilfen. US-Staatsanleihen im Wert von bis zu 2.500 Milliarden Dollar US\$ werden allein in diesem Jahr in den Markt gedrückt. In Europa kommen 2009 neue Staatspapiere im Gegenwert von 17% des Bruttoinlandsprodukts der Euro-Länder neu auf den Markt – weil alte Anleihen auslaufen und weil die Staaten mehr Geld brauchen. Das Geld soll dazu dienen die Wirtschaft anzukurbeln. Sofern dies nicht relativ kurzfristig gelingt, setzt die Abwärtsspirale ein. Die Staaten benötigen noch mehr Geld zur Finanzierung von zusätzlichen Konjunkturpaketen und explodierenden Sozialausgaben. Staaten und Unternehmen können aber nur über eine Ent-

wertung der Währungen ihre massive Verschuldung abbauen. Und dafür ist Inflation die wichtigste Voraussetzung. Die Notenbanken kaufen – wie dieser Tage schon die Fed – Staatspapiere auf, drucken also faktisch Geld. Erst mit hohen Preissteigerungen verflüchtigen sich die Altschulden, am Ende steht dann eine Währungsreform. Anleger, die Staats- oder Unternehmensanleihen halten, sind dann die Leidtragenden. Dieses Worst-Case-Szenario spielt natürlich den Extremfall einer tiefen „Dreifachkrise“ von Finanzwirtschaft, Realwirtschaft und westlichem Wirtschaftssystem durch. Eine solch massive Depression gilt in den offiziellen Verlautbarungen noch als unrealistisch. Doch in den letzten zwei Jahren ist leider schon eini-



ges geschehen und noch mehr diskutiert worden, was als historisch und heute nicht mehr vorstellbar galt (Insolvenzen von Banken und Versicherun-

gen in den USA; Staatsbeteiligungen und Verstaatlichungsdiskussion in Deutschland). Insofern sollten sich unseres Erachtens Investoren ruhig

einmal mit dem „Worst Case“-Szenario vertraut machen, um vielleicht etwas besser vorbereitet zu sein als vorherige Generationen. Gleich drei Mal erlebten die Deutschen im vergangenen Jahrhundert tiefe Einschnitte in ihr Vermögen – weit schlimmere als etwa die Ölkrisen der Siebzigerjahre oder das Platzen der Technoblase nach der Jahrtausendwende. Untrennbar sind diese Brüche mit politischen Ereignissen verbunden. Das gilt vor allem für die beiden Währungsschnitte 1923 und 1948, mit denen die Deutschen die finanzielle Rechnung für den Ersten und den Zweiten Weltkrieg bezahlen mussten. Für Anleger und Sparer waren die Verluste hier noch weitaus größer als in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932.

Vermögensanlagen in Krisenzeiten

Eine Frage, die viele Anleger in Krisenzeiten und nach zum Teil erheblichen Verlusten im Aktienbereich bewegt, ist natürlich die, welche Anlagen „sicher“ sind. Im Folgenden wollen wir die Vor- und Nachteile der beliebtesten Anlageformen kurz skizzieren.

Barvermögen, Fest- und Tagesgelder, Sparbriefe

Es existiert kein reeller Gegenwert, lediglich durch den „Glauben ans Geld“ „besitzt“ dieses Wert. Es zeichnet sich auch dadurch aus, dass man es (nahezu) unbeschränkt vermehren kann. Mit diesen Anlageformen sind Anleger mehrfach schlecht gefahren. In der Hyperinflation 1923 und bei der Nachkriegs-Währungsreform 1948 schmolz das Ersparte der Deutschen jeweils auf einen Bruchteil zusammen. Kurzfristig dürfte eine Deflation einen Werterhalt garantieren, aber nur so lange, wie die Staaten zahlungsfähig bleiben. Nur so lange besteht in Deutschland auch der Vorteil, dass die Regierung jedenfalls für den Erhalt des Nominalwertes für eine Reihe von Bankguthaben

„bürgt“. Inflation schmälert die Spar-Renditen weiter – und bei galoppierender Inflation droht Total-Entwertung.

Anleihen

Die größten Gefahren sind der Ausfall des Schuldners und eine Währungsreform. Während Letztere alle Zinspapiere gleichermaßen trifft, ist das Ausfallrisiko bei einem Staatspapier in der Regel geringer als bei der Anleihe eines Unternehmens. Ausnahmen könnten Anleihen von Unternehmen sein, die vielleicht besonderen Staatsschutz genießen (Versorger, Banken, Automobil). In einem Katastrophenszenario würde viel Kapital zunächst in vermeintlich sichere Staatsanleihen fließen. Steigende Kurse wären die Folge – bis entweder die Inflation zuschlägt oder die finanzschwachen Staaten ihre Schulden nicht mehr begleichen könnten.

Lebensversicherungen

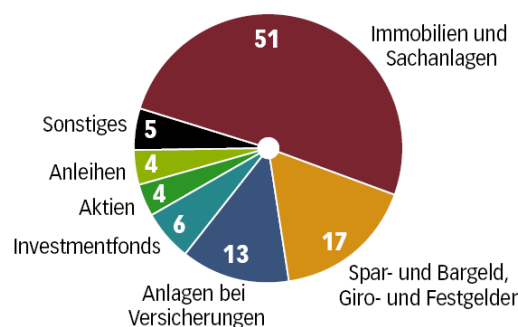
Hyperinflation und Währungsreform sind für die Versicherten katastrophal. Dies vor allem, wenn sie ihre Verträge schon seit Jahrzehnten bespart haben. Langjährige Versicherte erlei-

den Verluste, die sie Zeit ihres Lebens nie wieder aufholen können. Erschwerend kam bei früheren Währungsreformen hinzu, dass private Rentenversicherungsverträge, anders als die staatlichen Renten, nicht 1 zu 1, sondern im Verhältnis 10 zu 1 von der

alten auf die neue Währung umgerechnet wurden. Krisen-Fazit Lebensversicherung: Dramatische Verluste für Lebensversicherte gibt es vor allem bei Geldentwertung und Währungsschnitt. Grund ist die Anlagestrategie der Versicherer, die fast ausschließlich in festverzinsliche Wertpapiere investieren. Auch heute noch stecken Versicherungsunternehmen rund 3/4 der Anlagegelder in Anleihen und Pfandbriefe.

Reich in die Rezession

Auf welche Anlagen sich das 9300-Milliarden-Euro-Vermögen* der Deutschen verteilt (in Prozent)



* Brutto-Vermögen per 31. Dezember 2007; abzüglich Schulden (in erster Linie Baudarlehn) belief sich das Netto-Vermögen auf 7700 Milliarden Euro, davon 4560 Milliarden in Spargeldern, Versicherungsanlagen, Investmentfonds, Aktien, Anleihen und Sonstiges; Quelle: Bankenverband, 1

Sollten deren Ausfallraten plötzlich massiv ansteigen, wären Renditeeinbrüche die Folge.

Sachwerte

Ein Sachwert bezeichnet den von Wirtschaftsgütern verkörpert Gebrauchswert, der unabhängig von Geldschwankungen ist. Sachwerte, die alle verschiedenen Vor- und Nachteile haben, sind Rohstoffe, Edelmetalle, Immobilien / Grund und Boden, Schmuck, Aktien.

Rohstoffe

Rohstoffe physisch zu lagern (Öl, Industriemetalle, etc.), ist problematisch und scheidet daher als Anlageform weitestgehend aus. Eine gute Möglichkeit, sich an Rohstoffen zu beteiligen, bilden Rohstofffonds, die meist in eine Vielzahl unterschiedlicher Rohstoffe investieren; diese sind täglich handelbar. Durch ein Investment in verschiedene Rohstoffe wird zudem eine Diversifikation erreicht. Eine physische Lieferung ist nicht vorgesehen, so dass die Frage nach der Lagerung entfällt. Problematisch wird es allerdings, wenn der Kontrahent nicht mehr liefern kann. Eine Beteiligung an einem Rohstoff-Fonds bietet keine umfängliche Sicherheit in der Krise.

Edelmetalle

Die Anlage in physischem Gold unterliegt zwar nicht der Mehrwertsteuer, aber große Preisunterschiede zwischen An- und Verkauf machen ein solches Investment zunächst einmal unrentabel. Danach stellen sich die Fragen nach der Stückelung und der Lagerung, die im „sicheren“ Safe einer Bank mit Kosten verbunden ist. Dennoch bietet allein Gold bei schweren Krisen Sicherheit, denn Regierungen können Gold weder herstellen und durch inflationären Gebrauch entwerten, noch droht dem Besitzer physischen Goldes eine Enteignung durch Konkurserklärung eines Schuldners. Barren und Münzen sind, anders als Anleihen, an kein Zahlungsverprechen einer Regierung oder eines Unternehmens gebunden. Während die Rückzahlung einer Anleihe

von der Kreditwürdigkeit des Emittenten abhängt, stehen Gold keine Schulden gegenüber. Dies ist einzigartig und unterscheidet es von allen anderen auf Papier gedruckten Anlagen.

Aktien

Die Inflation ist für Aktien grundsätzlich günstig. Inflation geht einher mit einem steigenden Preisniveau. Inflation gibt es erst, wenn die Firmen Preiserhöhungen durchsetzen können. Allerdings gilt es zu differenzieren: Geht die Geldentwertung – wie häufig – mit stark steigenden Zinsen einher, kann dies den Aktienmarkt als Ganzes bremsen. Negativ betroffen sind in dem Fall vor allem Papiere von Unternehmen, die hoch verschuldet sind oder die ihr Wachstum schwerpunktmäßig mit Krediten finanzieren. Anders sieht es bei kapital- und substanzstarken Firmen mit stetigem und sicherem Geldzufluss aus oder bei Unternehmen, deren Produkte mit zunehmender Inflation im Wert steigen. So dürfte die Geldentwertung den Ölpreis nach oben treiben; Immobiliengesellschaften sollten von der hohen Wertbeständigkeit ihrer Portfolios profitieren. Eine zu hohe Inflation wird sich negativ auf die Wirtschaft auswirken. Wer vor einer extremen Krise Aktien hält, dem drohen - je nach Unternehmen - Kursrückgänge bis zum Totalverlust.

Immobilien / Grund u. Boden

Diese werden allgemein als „der“ Sachwert schlechthin verstanden. Problem ist, dass in einer Immobilie sehr viel Geld gebunden ist. Eine Veräußerung ist meist nur „als Ganzes“

möglich und - wie der Name schon sagt - ist diese Anlageklasse „immobil“, d. h. sie kann nicht mitgenommen werden. Bei einer fremd genutzten / vermieteten Immobilie besteht zudem die Gefahr, dass sich kein Mieter mehr findet. Dennoch dürfte diese Anlageform bei einem vollständigen Kollaps der Finanzmärkte die nützlichste sein (zumaß sich die in der Regel auf dem Immobilienlastenden Schulden quasi „von selbst“ tilgen).

Anleger müssen einen Weg finden, der sowohl dem Deflations- als auch dem Inflations-szenario gerecht wird.

Den „richtigen“ Moment zur Umschichtung von einer Anlageform in die andere zu finden, ist schwierig. Die Konjunkturpropheten sind derzeit jedenfalls pessimistisch - und haben einen starken Fürsprecher: die Geschichte. Nach Finanz- und Immobilienkrisen waren die Rezessionen nämlich bisher besonders hart und lang. Die amerikanischen Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff beispielsweise haben ausgerechnet, dass die Wirtschaftsleistung nach Finanzkrisen im Durchschnitt fast zwei Jahre lang gesunken ist, in schlimmen Fällen auch vier Jahre. Bisher sind noch keine zwei Jahre erreicht. Optimisten hoffen, dass Wirtschaftspolitiker und Zentralbankmanager aus der Vergangenheit gelernt haben und die Rezession jetzt besser bekämpfen als früher.

Unsere Meinung: Wir gehen auf Sicht der nächsten Jahre von einem „Comeback“ der Inflation aus. Ein Teil der Anlagen sollte in substanzorientierte

Aktien(-fonds) angelegt werden (und bleiben). Die Höhe hängt hierbei vom Risikoprofil ab: Wie viele Verluste kann der Anleger aushalten, wenn die Konjunktur schlecht bleibt? Wer diese Entscheidung nicht selbst treffen will, der entscheidet sich für ein aktiv und flexibel gemanagtes Mandat und vertraut sein Geld einem Vermögensverwalter an oder – besser noch – einem Vermögensverwaltungsfonds. Anleger sollten bei Anleihen auf relativ überschaubare Laufzeiten achten. Zusätzlich eignen sich inflationsgeschützte Anleihen als Beimischung eines Rentenportfolios. Unternehmensanleihen guter Bonität mit kürzeren Laufzeiten bleiben interessant. Immobilieninvestoren sollten überlegen, neue Immobilien oder Bestandsobjekte mit einem moderaten Fremdfinanzierungsanteil zu versehen. Rohstoffe, Immobilien in Top-Lagen und ausgesuchte Aktien(-fonds) sollten in einem langfristig orientierten Portfolio höher gewichtet und Anleihen mit unterdurchschnittlicher Bonität und längeren Laufzeiten sollten gemieden werden. Festgelder und Sparbriefe bieten definitiv keinen Schutz bei Inflation oder Währungsreform.

Es bleibt dabei:

Eine breite Streuung des Vermögens in Form individueller Vermögensverwaltungsfonds oder eine Optimierung der Vermögensstruktur ist noch essentieller, als dies schon in der Vergangenheit der Fall war und sollte nicht „auf die lange Bank geschoben“ werden.

Verwalterhonorar mindert Abgeltungssteuer

Grundsatz der Abgeltungssteuer ist, dass Anleger 25% auf alle Kapitalerträge zahlen und keine Werbungskosten im Zusammenhang mit ihren Geldanlagen mehr geltend machen können. Dazu zählen etwa Depotkosten. Die Kosten für Wertpapierorders dagegen wirken sich weiterhin steuermindernd aus. Sämtliche Werbungskosten sind seit Start der

neuen Steuer mit dem einheitlichen Pauschbetrag von 801 Euro (1602 Euro für Verheiratete) abgegolten. Doch der Teufel steckt wie so oft im Detail. Daher überrascht es kaum, dass das Bundesfinanzministerium immer neue Erläuterungsschreiben herausgibt. Nach einem neuen BMF-Schreiben vom 1. April sieht der Fiskus aber eine Ausnahme bei sogenannt-

nannten All-In-Fees vor. Bei diesen zahlen die Kunden ein Pauschalentgelt, das nicht nur die eigentlichen Verwalterhonorare, sondern auch die Kosten für Wertpapiertransaktionen mit abdeckt. Da man die All-In-Fee keinem Geschäft konkret zu rechnen kann, lassen sich pauschal maximal 50 % davon als Transaktionskostenanteil ansetzen und in den Verlustverrech-

nungstopf einstellen. Kunden zahlen auf diese Weise weniger Abgeltungssteuer. Mit dem aktuellen Schreiben hat der Fiskus klar gestellt, dass diese Vorgehensweise auch bei reinen Beratungsverträgen gilt, in denen also die letzte Entscheidung beim jeweiligen Vermögensinhaber und nicht beim Vermögensverwalter liegt.

Neue Finanzierungshilfen zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise

Öffentliche Fördermittel zählen zu den günstigen Finanzierungsquellen für Unternehmen. Bei der Vielzahl der Angebote, die es gibt, ist es für Unternehmer aber oftmals schwierig, das in der konkreten Situation für ihr Unternehmen passende herauszufinden und zu beantragen. Hier kann ein unabhängiger Berater unterstützen, den besten Fördertopf schneller ausfindig zu machen. Gerade in jüngster Zeit zeigt sich immer wieder, dass Banken die bestehenden Möglichkeiten der KfW oder auch der NRW.Bank nicht gerade offensiv anpreisen. Kredite aus öffentlichen Förderprogrammen erhalten Unternehmer grundsätzlich nur über ihre Hausbank. Sie beurteilt die Kreditwürdigkeit der Firma und dies ist Voraussetzung für die Gewährung. Zudem trägt die Hausbank das Risiko bei einem Kreditausfall. Nur unter diesen Voraussetzungen stellen die KfW oder andere öffentliche Förderinstitute ihre Mittel, etwa für Investitionen oder zur Betriebsmittelfinanzierung, bereit.

Sowohl die KfW als auch die NRW.Bank fördern grundsätzlich mittelständische Unternehmen (inländische und ausländische Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft, die sich mehrheitlich im Privatbesitz befinden und deren Jahresumsatz - einschließlich verbundener Unternehmen - 500 Mio. EUR nicht überschreitet) und Angehörige der freien Berufe. Sanierungsfälle und Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der EG-Leitlinien sind ausgeschlossen. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Feststellung, ob ein Unternehmen in Schwierigkeiten vorliegt, ist die Situation des Unternehmens zum Stichtag 01.07.2008. Sollten nach diesem Stichtag auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise die Voraussetzungen für ein Unternehmen in Schwierigkeiten entstanden sein, ist dennoch im Rahmen des KfW-Sonderprogramms 2009 und auch des NRW.Konjunkturkredits eine Antragstellung möglich. Diese Programme sind sowohl für Unterneh-

men als auch für Banken insbesondere interessant, als Haftungsfreistellungen zwischen 50% und max. 90% möglich sind. Das heißt, dass die durchleitende Hausbank, wenn der Kreditnehmer den eingeräumten Kredit aus einem öffentlichen Förderprogramm nicht zurückzahlen kann, nicht den Forderungsausfall komplett allein tragen muss, sondern der Verlust bis max. zur Höhe des haftungsfreigestellten Anteils von der KfW bzw. der NRW.Bank getragen wird. Bis zu 100% förderfähig sind Ausgaben für Vorhaben, die einen nachhaltigen Erfolg erwarten lassen und deren Gesamtfinanzierung gesichert ist. Bei einer Förderung durch die NRW Bank muss das Vorhaben auch in NRW durchgeführt werden. Die Kreditvolumina betragen bei der KfW bis zu EUR 50,0 Mio. und bei der NRW.Bank bis zu EUR 5,0 Mio. Die Laufzeit bewegen sich bei der KfW zwischen 5 und 8 Jahren und bei der NRW.Bank zwischen 4 und 10 Jahren. Die Besicherung er-

folgt „banküblich“. Der Zinssatz wird „risikoadjustiert“ festgelegt, was gleichbedeutend damit ist, dass eine Zuordnung des Unternehmens zu einer von sechs Bonitätsstufen erfolgt (Rating) und diese Zuordnung mit der Zuordnung zu einer von vier Besicherungskategorien kombiniert wird. Das Rating und die Güte der gestellten Sicherheiten entscheiden über die Zinshöhe gemäß Preisklasse. Viele Firmen stellen fest, dass es - trotz der medienwirksamen Darstellung der öffentlichen Fördermöglichkeiten in der Krise - extrem schwierig ist, Zugang zu diesen Programmen zu erhalten. Ursächlich hierfür ist einerseits eine gewisse Zurückhaltung der Banken, die bisweilen den Aufwand der Beantragung scheuen, da die Verdienstmöglichkeiten in Relation zum Aufwand begrenzt sind. Andererseits erwarten die öffentlichen Förderinstitute aber - gerade auch für die Programme mit Haftungsfreistellung - umfassende und perfekt vorbereitete Unterlagen.

„Für den ersten Eindruck gibt es keine zweite Chance“ – der Weg zur öffentlichen Förderung

Unsere Empfehlung ist, sich über öffentliche Förderprogramme jedenfalls neutral und unabhängig zu informieren und auch die Zusammenstellung der erforderlichen Unterlagen im Vorfeld eines Bankengesprächs professionell begleiten zu lassen. (Mit-)Entscheidend für das Votum der Hausbank und nachfolgend auch der Förderbank ist oftmals nicht nur der Inhalt der Unterlagen, sondern auch der Gesamteindruck des überreichten Informationspaketes. Hinzu kommt,

dass ein Berater, der regelmäßig Gespräche mit verschiedenen Hausbanken und Förderinstituten führt, hier entsprechende Erfahrung hat. Auch wenn eine externe Begleitung der Bankgespräche nicht gewünscht ist, kann ein Coaching im Hintergrund hilfreich sein, um das Unternehmen so gut darzustellen wie es ist. Kreditentscheidungen basieren auf formalen Kreditdokumentationsprozessen, in die alle entscheidungsrelevanten Parameter (auch aus der Ratinganalyse)

mehr oder weniger eingebettet werden. Gerade die ratingspezifischen Informationen werden oftmals anlassbezogen, also z.B. bei einem Kreditantrag aktualisiert.

Ein Grundprinzip des Ratings ist, dass nur die Informationen abgebildet und reflektiert werden, die für die Ratinganalyse vorliegen bzw. bereitgestellt werden. Da „Nicht-Wissen“ Risiko für den Kreditgeber bedeutet, ist Transparenz Voraussetzung für eine korrekte Rating-

ermittlung. Hinzu kommt, dass fehlende Angaben in Teilbereichen hierfür die negativste Wertung auslösen. Insofern haben sowohl die Qualität als auch die Tiefe der vom Unternehmen zur Verfügung gestellten Informationen Einfluss auf das Rating. Gerne sind wir bereit, Ihr Unternehmen bei der Bestimmung, Zusammenstellung und Aufbereitung der relevanten Informationen zu beraten und zu unterstützen.

Impressum:

Erdmann Family Office GmbH
 Geschäftsführer:
 Klaus-Dieter Erdmann, Karsten Schnapp

Rathausstr. 2, 58636 Iserlohn
 Apothekerstr. 20, 59755 Arnsberg
 Tel.: 02371 / 9 19 59 10
 Fax: 02371 / 9 19 59 11

eMail: info@efo-gmbh.de
 Internet: www.efo-gmbh.de

Erdmann Financial Management GmbH

Geschäftsführer:
 Klaus-Dieter Erdmann, Gabriele Schnapp, Karsten Schnapp

eMail: info@erdmanngmbh.de
 Internet: www.erdmanngmbh.de